

Friedrichstadt-Lektion

Über die armenische Katastrophe

Mendelssohn-Remise, Berlin-Mitte, Jägerstr. 51

15. September 2011, 19 Uhr

von Rolf Hoffeld

Am 16. März 1915 befand sich der deutsche Konsul Schwarz auf einer Reise durch Zentralanatolien, als er abends in der Stadt Harput eintraf. Er kam aus Erzurum nahe der russischen Front, wo er im Winter das desaströse Scheitern eines mit großen Worten angekündigten Feldzugs hatte miterleben müssen. Eine osmanische Armee von 150 000 Mann unter dem Kommando des jugendlichen Kriegsministers Enver Pascha, in dessen Kopf der kühne Plan eines Vorstoßes in die Weiten Zentralasiens irrlichterte, war nach wenigen Tagen fast völlig aufgerieben worden. Schwarz wusste, dass man seit geraumer Zeit pauschal die armenischen Soldaten in Envers Armee für die Niederlage verantwortlich machte. Im Winter hatte es als Reaktion darauf politische Morde an Armeniern gegeben. Russische Kriegsgefangene armenischer Herkunft hatte man aus Rachegründen oft kurzerhand erschossen. Armenische Dörfer waren mit Terrorkommandos überzogen worden.

Über diese Ereignisse der letzten Monate war Schwarz genau im Bilde. Was er in Harput hören sollte, überstieg jedoch alles bisher Dagewesene. Er machte nach seiner Ankunft dem Gouverneur Sabit Bey seine Aufwartung und kam abends um halb zehn in einem Zustand großer Erregung zurück. Der Gouverneur hatte ihm erklärt, „dass die Armenier in der Türkei vernichtet werden müssten und vernichtet würden“, weil sich ihr Reichtum und ihre Zahl so vermehrt hätten, „dass sie eine Bedrohung für die herrschende türkische Rasse geworden seien“. Diese Radikalisierung der Politik kam nicht ganz überraschend. Man müsse die Armenier entweder „samt und sonders ausrotten“ oder sie zur

Auswanderung zwingen, hatte Mitte Dezember 1914 beispielsweise ein türkischer Major in Urfa dem Schweizer Jakob Künzler anvertraut. Spätestens im Frühsommer 1915 war daraus ein durchdachter Plan geworden.

Am 7. Juli 1915 kablete der deutsche Botschafter in Konstantinopel, dem späteren Istanbul, an Reichskanzler Bethmann-Hollweg in Berlin eine beunruhigende Nachricht: „Die Austreibung und Umsiedlung der armenischen Bevölkerung beschränkte sich bis vor etwa 14 Tagen auf die dem östlichen Kriegsschauplatz benachbarten Provinzen und auf einige Bezirke der Provinz Adana. Seitdem hat die Pforte beschlossen, diese Maßregel auch auf die Provinzen Trapezunt, Mamuret ul-Aziz und Siwas auszudehnen, und mit der Ausführung begonnen, obwohl diese Landesteile vorläufig von keiner feindlichen Invasion bedroht sind. Dieser Umstand und die Art, wie die Umsiedlung durchgeführt wird, zeigen, dass die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten.“

Diese eindeutige Aussage bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die deutsche Regierung spätestens Anfang Juli 1915 zu der Erkenntnis gekommen war, dass die Deportationen und Massaker, die man verstärkt seit den Frühlingsmonaten in den anatolischen Provinzen beobachten konnte, dem erklärten Ziel dienten, eine ethnische Gruppe - die osmanischen Armenier - systematisch der Vernichtung zuzuführen - und dies als Ergebnis einer staatlich gelenkten Politik. Etwa eine Million Tote würde das am Ende bedeuten.

Was sich im Frühjahr und Sommer 1915 in der Türkei abspielte, fand unter der Augen der Weltöffentlichkeit statt. Überall im Land gab es deutsche, österreichisch-ungarische, italienische und amerikanische Konsulate, Missionsstationen, Krankenhäuser und Schulen. Nach wie vor lagern allein im Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin Unmengen von Akten aus dieser Zeit, aus denen man manchmal ganze Tagesabläufe rekonstruieren kann, und aus denen die Selektions- Massaker- und

Sammelplätze, die Deportationsrouten, die Zeit, der Umfang, der Mechanismus und die politisch Verantwortlichen der Vernichtungspolitik genauestens hervorgehen. Für die historische Forschung sind das - neben anderen Quellen wie autobiografischen Aufzeichnungen, nachträglichen Erlebnisberichten von Augenzeugen, heimlich aufgenommenen fotografischen Dokumenten sowie osmanischen Regierungs - und Militärunterlagen - reichhaltige Quellen, aus denen allein schon ein belastbares Zeugnis für die eindeutige und zweifelsfreie Bewertung der Vorgänge in dieser Zeit hervorgeht.

Sie hatte Botschafter Hans von Wangenheim vorliegen, als er sein hartes Urteil über die türkische Politik fällte, das einem Kriegsverbündeten des Osmanischen Reichs bestimmt nicht leicht gefallen ist. Allzu gern hätte er vermutlich die Vorgänge verharmlost, in ihnen Maßnahmen eines mit totaler Härte geführten Krieges gesehen, wie sie auch deutschen militärischen Planern vorschwebten, als es darum ging, in Osteuropa durch die Deportation der polnischen Grenzbevölkerung eine „völkische Militärgrenze“ gegen die Russen einzurichten. Die Deutschen hatten solche Pläne zwar nie umgesetzt, aber die türkische Regierung hatte die Deportation der Armenier aus den an Russland grenzenden ostanatolischen Gebieten anfangs ihm und der Reichsregierung gegenüber mit ähnlichen - militärischen - Argumenten gerechtfertigt. Spätestens Anfang Juli 1915 wurde Wangenheim jedoch klar, dass dies nur ein vorgeschobenes Argument war. Er erinnerte sich bei dieser Gelegenheit an eine Aussage des Innenministers und späteren Großwesirs Mehmet Talaat, der einen Monat zuvor ihm gegenüber geäußert hatte, die türkische Regierung wolle den Weltkrieg dazu benutzen, „um mit ihren inneren Feinden, (den einheimischen Christen, sprich, in erster Linie den Armeniern) gründlich aufzuräumen, ohne dabei durch die diplomatische Intervention des Auslands gestört zu werden.“ In den einheimischen Christen sahen Talaat und seine politischen Freunde schon länger das trojanische Pferd einer verborgenen imperialistischen Agenda der

Großmächte - in erster Linie Russlands, des britischen Empire und Frankreichs, mit denen man sich jetzt im Krieg befand.

Tatsächlich wurde im Ersten Weltkrieg ein unheilvoller Begriff der jakobinischen Phase der Französischen Revolution neu aktiviert: Der des sogenannten inneren Feindes. Nur dass die inneren Feinde jetzt aus ethnischen Gruppen bestanden, aus Nationalitäten der Grenzregionen, denen man Sympathien oder gar aktive Kollaboration mit dem Kriegsgegner unterstellte. Das war auch in Russland so, wo man seit Januar 1915 hunderttausende von Juden, deutsche Minderheiten, Bewohner der baltischen Gebiete, Roma und Muslime aus dem Kaukasus deportierte. In den ersten drei Kriegsjahren wurden es sechs Millionen, die man als „unzuverlässige“ Bevölkerungsteile aus ihren Lebensräumen vertrieb - etwa fünf Prozent der russischen Bevölkerung. Aber - und das ist der entscheidende Unterschied zu Talaats Ankündigung: Man wollte deshalb nicht gründlich mit ihnen aufräumen, weil niemand die Absicht hatte, das russische Vielvölkerreich im Krieg zu zerstören. Talaats Ankündigung bedeutete deshalb weit mehr als die einer kriegsbedingten Deportation. Es war die Ankündigung einer neuen - gründlich anderen - und im Kern türkischen Ordnung nach dem Krieg, die man nur erreichen konnte, wenn man die inneren Feinde nicht nur deportierte, sondern sie vom Territorium verschwinden ließ, sie also regelrecht vernichtete. Eine solche Ankündigung hatte es in der Geschichte bisher nicht gegeben. Sie hatte, im Unterschied zu der zweifellos ebenfalls rücksichtslosen und unmenschlichen Deportationspolitik der Russen, eine ausgesprochen apokalyptische Komponente. Dieser Unterschied ist für das Verständnis der Vorgänge allerdings von wesentlicher Bedeutung.

Die zahllosen Berichte, die der deutschen Botschaft in Konstantinopel bis Anfang Juli 1915 vorlagen und die heute für jedermann einsichtig im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin eingelagert sind, summieren sich, beginnend mit den ersten großen Deportationen Mitte Mai, zu dem sehr präzisen Bild einer systematisch angelegten

Vernichtungsaktion. Als Vizekonsul Scheubner-Richter am Morgen des 15. Mai 1915 in Erzurum seinen Bericht an die Botschaft in Konstantinopel aufsetzte, war dies für ihn Anlass zu einigen Bemerkungen, warum die Lage im ostanatolischen Erzurum eher als ruhig einzuschätzen ist. Zwar war es auch hier, wie an anderen Orten, zu Hausdurchsuchungen bei Armeniern gekommen, aber sie hätten, da der Gouverneur Tahsin Bey dabei korrekt verfahren sei, soweit ihm bekannt, kein belastendes Material ergeben. Allerdings, so Scheubner-Richter, gebe es in Erzurum einige militärische Kreise, „die den Augenblick der Abrechnung mit den Armeniern für gekommen halten“.

Max Erwin von Scheubner-Richter war ein ausgebildeter Geheimdienstoffizier, der nicht dazu neigte, leichtfertige Behauptungen aufzustellen, nur um einen militärischen Bündnispartner wie die Türkei in Misskredit zu bringen. Deutschbaltischer Herkunft und mit guten Russlandkenntnissen versehen, war der konservative Monokelträger mit verdeckten türkisch-deutschen Operationen hinter den feindlichen russischen Linien befasst und insofern jemand, der die Lage in den Grenzprovinzen schon aus dienstlichen Gründen immer präzise zu beurteilen wusste. Am Morgen des 15. Mai jedenfalls schätzte Scheubner-Richter die Lage so ein, „dass ein Aufstand der Armenier Erzurums und seiner näheren Umgebung nicht anzunehmen ist“.

Im Laufe dieses Tages war etwas vorgefallen, das Scheubner-Richter am Abend dazu drängte, seinem Bericht an Konstantinopel eine eilige Korrektur nachzusenden. „Armenische Bevölkerung der umliegenden Dörfer wird ausgewiesen und nach den Etappentruppen verschickt“, drahtete er um 20 Uhr eilig an Wangenheim, „Bevölkerung dadurch sehr beunruhigt.“ Am nächsten Tag erfuhr er, dass diese Maßnahme von jenen militärischen Kreisen veranlasst worden war, denen es nach seinen Beobachtungen ohnehin nur um eine schon lange geplante Abrechnung mit den verhassten Armeniern ging. Die „militärischen Rücksichten“ jedenfalls, die offiziell als Grund für die drakonische Maßnahme

vorgetragen würden, meinte Scheubner-Richter, seien nichts als ein „unbegründeter“ Vorwand für einen Racheakt, der sich ganz anderen Motiven verdanke.

Die ganze Passim-Ebene nordöstlich von Erzurum war in diesen Tagen von einer großen Deportationswelle betroffen. Am 22. Mai meldet der Vizekonsul, dass die verlassenen Dörfer von muslimischen Flüchtlingen aus verloren gegangenen Teilen des osmanischen Reichs besetzt worden sind, die dort alles in Beschlag nehmen und das zurückgelassene Eigentum der Armenier plündern.

Was er nicht weiß, ist, dass Innenminister Talaat zur gleichen Zeit den Provinzverwaltungen von Erzurum, Bitlis und Wan die Deportation aller Armenier ihrer Provinzen in die Gegend von Mossul und in die Wüstenregionen südlich von Urfa befohlen hatte. Am 23. Mai ergeht der landesweite Befehl, alle Armenier aus dem Post- und Telegrafendienst zu entlassen. Ganz offen gibt Talaat in diesen Tagen Generalkonsul Mordtmann gegenüber zu, alleiniger Zweck aller dieser Maßnahmen sei es, so wörtlich, „die Armenier zu vernichten“.

Auf einem Ritt in die Umgebung von Erzurum Ende Mai macht sich Scheubner-Richter ein Bild von den Plünderungen in den verlassenen armenischen Dörfern der Passim-Ebene. Auch das alte Kloster Kizilwang, stellt er fest, ist den Raubzügen zum Opfer gefallen. Die Kirche des Klosters ist im Inneren völlig verwüstet. Während seiner Abwesenheit ist Ende Mai der Chef der politisch-revolutionären Paramilitärs des herrschenden nationalistischen Komitees für Einheit und Fortschritt, Bahaeddin Schakir - nach den Worten des türkischen Historikers Serif Mardin eine Art türkischer (nationalistischer) Stalin - , von einer Reise durch die Provinzen nach Erzurum zurückgekehrt und hat die Stadt mit einem Terrorregime überzogen.

Dieses Komitee, 1908 nach einer ursprünglich demokratischen Revolution gegen den Sultan an die Macht gekommen und nach den Worten des damaligen britischen Botschafters eine „okkulte Gruppe“, die „sich von

Anfang an wie eine Geheimorganisation verhalten“ hat, war nach einem Putsch im Sommer 1913 endgültig mit den diktatorischen Vollmachten einer Einparteienherrschaft ausgestattet. Banden von Schakirs parteigebundener „Spezialorganisation“ Teskilati Mahsusa schikanieren nun, früh im Jahr 1915, Armenier auf Erzurums Straßen.

Diese Sonderkommandos der Teskilati Mahsusa werden während des Völkermords eine herausragende Rolle spielen. Es ist wichtig, sich dabei vor Augen zu führen, dass sie in einem gewissermaßen staatsfreien Raum operierten und dabei dem politischen Kommando des Komitees, der herrschenden Einheitspartei, untergeordnet waren. Diese politische Truppe mit weitreichenden Kompetenzen und kaum definierbaren Einsatzfeldern war nur dem „heiligen Komitee“ und sonst niemandem verpflichtet.

Es war Kriegsminister Enver Pascha, auf dessen Initiative die Gründung der Teskilati Mahsusa am 2. August 1914 zurückging. Doch sie war keine staatlicher Autorität unterstehende Truppe. Sie blieb immer ein präziser Ausdruck jenes grauen Bereichs, aus dem heraus das Komitee und seine Führer den Staat wie ihr Eigentum behandelten und regierten. Die Einheiten der Teskilati Mahsusa standen unter dem Kommando von Offizieren, die zugleich politisch zuverlässige Parteimitglieder und „gute Türken“ waren. Es waren diese Spezialeinheiten oder Sonderkommandos, deren Wirken man im Frühjahr 1915 in Erzurum beobachten konnte.

Am 2. Juni erfährt Scheubner-Richter, dass die Verbannten aus der Passim-Ebene bis nach Der es-Zor in die unwohnliche mesopotamische Wüste geschickt werden sollen. Man behandelte sie, nach seinen Worten, nicht wie eigene Staatsbürger, sondern wie Untertanen feindlicher Staaten. Kaum die Hälfte von ihnen, vermutet er, wird einen solchen wochenlangen Todesmarsch überleben.

Ende Juni steht Scheubner-Richters Urteil fest. Nichts als, wörtlich, eine „militärisch unbegründete, meines Erachtens nur auf Rassenhass zurückzuführende Anordnung“, drahtet er an die Botschaft in

Konstantinopel, sei die Ursache für diese desaströse und auch unter militärischen Gesichtspunkten gänzlich kontraproduktive mörderische Vertreibungspolitik, die zu dieser Zeit bereits den ganzen Osten Anatoliens erfasst hat.

Das Deutsche Reich war über alle diese Vorgänge genauestens informiert. „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht“, so die Position von Reichskanzler Bethmann-Hollweg, nachdem Botschafter Wolff-Metternich, der Nachfolger Wangenheims, ihn zu entschiedenerem Protest und effektiven Maßnahmen gegen die türkische Vernichtungspolitik aufgefordert hatte: „Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen.“ Im Kern ging es dabei um die Dardanellen, die aus strategischen Gründen um keinen Preis dem russischen Nachschub und der Entente offenstehen durften. Dabei ist es bis zum Ende des Krieges geblieben. Wolff-Metternich - von türkischer Seite gern herablassend als „armenischer Botschafter“ bezeichnet - wurde bald durch eine Intrige des deutschen Militärattachés und Enver-Freundes Hans Humann nach Berlin zurückberufen. Ohne die schützende Hand des Deutschen Reiches, das bereits im November 1914 die Türken zur Ausrufung des Djihad, des Heiligen Krieges gegen die Ungläubigen, anstiftete (wobei der Kaiser selbst sich bereits auf einer Damaskusreise 1898 zum Schutzherrn aller Muslime der Welt ausgerufen hatte), wäre der Völkermord an den Armeniern nicht möglich gewesen, auch wenn die Deutschen in der Konsequenz die mörderischen Maßnahmen der Türken nicht gebilligt haben. Selbst ein hartgesottener Militär wie Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg sprach vom „Erwachen der Bestie im Menschen“ und einem der „schwärzesten Kapitel in der Geschichte aller Zeiten und Völker“. Doch gleichzeitig vertrat er die Ansicht, man müsse aus zwingenden militärischen Gründen die osmanische Reichsleitung um jeden Preis unterstützen. Talaat und Enver seien unersetzbar. Er war die Moral eines totalen Krieges, die hier wirksam

wurde, und die die Deutschen zu gewissermaßen „realpolitischen“ Komplizen werden ließ.

Der Chef der Sicherheitspolizei im Innenministerium Ismail Djanbolat erklärte Ende Juni 1915 Generalkonsul Mordtmann mit einer Generalstabskarte Anatoliens in der Hand, man habe beschlossen, die „Ausweisungsmaßregeln noch weiter auszudehnen“. Es war Mordtmann sofort klar, dass das Komitee damit auf eine umfassende Lösung zielte. Ein flächendeckendes System von Politikommissaren (wenn man ein heute geläufiges Wort benutzen will, das den Sachverhalt einigermaßen genau beschreibt) sollte den reibungslosen Ablauf dieser „Endlösung“ garantieren.

Das Komitee verfolgte über seine Kommissare in diesen Monaten des einsetzenden Völkermords eine Politik der - wenn im Ergebnis auch nicht immer lückenlosen - landesweiten „Gleichschaltung“. Die Entscheidungsgewalt über das, was zu geschehen hatte, lag letztlich in den Händen der eigens dafür abgeordneten Politikommissare des Komitees, denen sich die Repräsentanten des Staates unterordnen mussten. Erst langsam konnten sich ausländische Beobachter, die hier mit der völlig neuen und in Europa bis dahin unbekanntem Struktur eines (von orientalischen Klientelbeziehungen überlagerten und in seinen zentralen Zugriffsmöglichkeiten unvollkommenen) profaschistischen ideologisierten Parallelstaats konfrontiert wurden, ein klares Bild von dem machen, was unter ihren Augen vor sich ging.

Anfang Mai war die Verantwortung für die Ausführung der Massendeportationen Talaats Innenministerium übertragen worden, das schon den „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Muslimen und Bulgaren 1913 in seinen Händen hatte. Die Fäden von „Bevölkerungspolitik“, Finanz- und Wirtschaftspolitik, innerer Staatssicherheit und Geheimpolizei liefen in diesem Ministerium zusammen. Hier wurde mit einer methodischen Präzision an einem flächendeckenden Säuberungs- und Vernichtungsprogramm gearbeitet, wie man es nach den Worten der

New York Times von den Türken nie erwartet hätte. Am 14. Juni forderte Ali Münif Bey, der stellvertretende Innenminister, von den Provinzbehörden genaue Angaben über die Lage der deportierten armenischen Dörfer und ihr landwirtschaftliches Potential an. Gleichzeitig wollte er wissen, wie viele Muslime dort angesiedelt werden könnten. Am 22. Juni instruierte Ali Münif die Provinzverwaltung von Erzurum, dass armenische Schulen für muslimische Siedler genutzt werden sollten, am 24. Juni wollte er genaues über Lage und Zahl der geräumten und noch zu räumenden Dörfer wissen. Am 20. Juli verlangte das Innenministerium eine Karte mit detaillierten Angaben über die Verwaltungsstruktur der Provinzen bis zur Dorfebene, einschließlich einer Statistik über die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung vor und nach der Deportation. Am 24. Juli wollte das Innenministerium wissen, wie viele Armenier bisher deportiert wurden, wie viele sich noch an ihren Orten befinden, und wie viele zur Deportation anstehen.

„Die generelle Methode dieses Völkermords bestand darin,“ so der türkische Historiker Ugur Ü. Üngör, „die Männer sofort zu töten und jene Frauen und Kinder zu deportieren, die nicht in muslimische Haushalte aufgenommen wurden.“ Die Deportationsverläufe selbst folgten dann einem kalkulierten Ausdünnungsschema - in erster Linie durch organisierten oder lizenzierten (aber selten spontanen oder „wildem“) Raub, der den Verbannten ihre letzte mobile Habe nahm (vor allem Geld und Schmuck, am Ende oft selbst die Kleidung), durch Erschöpfung, Hunger und Durst. Bei den oft wochenlangen Wanderungen durch unwirtliches Gelände und sengende Hitze konnte so eine progressive Mortalitätsrate sichergestellt werden. Nur ein Teil der Verschiedenen kam erwartungsgemäß an ihrem Deportationsziel tatsächlich an. Im Kontext betrachtet ergibt sich aus den bei den Deportationen angewandten - im Einzelnen mitunter unscheinbaren - Methoden das Gesamtbild eines in groben Zügen geplant oder zumindest gewollt ablaufenden Dehumanisierungsprogramms. Konsul Rößler in Aleppo jedenfalls meinte bereits im Sommer 1915 -

nachdem ihm mehrere Berichte zugegangen waren, die im Prinzip alle das gleiche bezeugten - eine regelrechte „Methode“ erkennen zu können, „die Verbannten auf der Wanderung umzubringen“. Die Vertreibung und Vernichtung der osmanischen Armenier aus Anatolien und dem europäischen Teil der heutigen Türkei war, spätestens seit Mitte Mai 1915, ein organisierter Vorgang, bei dem übrigens moderne Kommunikationsmittel wie die Telegraphie eine nicht unerhebliche Rolle spielten.

Es gab jedoch - wie von manchen Historikern ohne verlässliche Quellen behauptet - keinen vorgefassten und zu Ende gedachten Plan oder „Blueprint“. Den gab es übrigens auch im Fall von Hitlers Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden nicht. Eins stand aber von Anfang an fest. Man wollte dem politischen und wirtschaftlichen Einfluss der armenischen Minorität im Schatten des Krieges um jeden Preis ein Ende bereiten. Man hatte ein klares politisch-ideologisches Ziel vor Augen und würde es notfalls selbst mit ultimativen Mitteln erreichen wollen.

Das geschah nicht ohne Voraussetzungen, die in die Zeit der großen Armeniermassaker unter Sultan Abdül Hamid II. 1894-96 zurückreichen. In diesen Jahren wurden bei Pogromen von damals unvorstellbarer Größenordnung über hunderttausend Armenier ermordet (manche Quellen sprechen von bis zu 300.000). Es verbreitete sich eine Mentalität, so der Historiker Vahakn N. Dadrian, „die Elemente einer kryptischen Kultur beinhaltete, die Massaker als Mittel der staatlichen Politik für etwas Selbstverständliches hielt“. Sie blieb unbewusst wirksam und konnte jederzeit wieder zum Ausbruch kommen. Zuletzt geschah dies während der großen Massaker in Adana und Umgebung 1909.

Während des Ersten Weltkriegs öffnete sich der Prozess einer kumulativen Eskalation im Winter/Frühjahr 1915 und besonders seit dem 24. April stufenweise allen denkbaren Optionen. Aus Diyarbakir wurde schon am 27. April „entschlossenes“, und das heißt exterminatorisches Handeln des

Provinzgouverneurs gegenüber der armenischen Bevölkerung nach Istanbul gemeldet. Andern Orts wartete man ab. Geheime Befehle, die „schonungslosestes Vorgehen gegen armenische Umtriebe - hängen, brennen, zerstören“ - einforderten, zirkulierten in allen Provinzen. Die Eskalationsskala reichte in diesen Wochen von gewaltsamen Strafaktionen und politischen Morden über die systematische Deportation bis zur organisierten Vernichtung. Mitte Mai 1915 war, nachdem Anfang des Monats zwischen Talaat und Enver Pascha noch Unklarheit über die letzten Konsequenzen und Ziele bestand, die ultimative Eskalationsstufe - der von nationalistischen Politikkommissaren systematisch geplante und von politischen Einsatzgruppen und Hilfstruppen des Komitees exekutierte Völkermord - tatsächlich und definitiv erreicht. Der erste große, ideologisch motivierte Völkermord des 20. Jahrhunderts hatte die radikale nationalistische, und, wie man hinzufügen muss, strikt antireligiöse Fraktion des herrschenden jungtürkischen Komitees für Einheit und Fortschritt zum Urheber, deren Köpfe ohnehin schon seit längerem von türkistischen Reinheitsideologien und antiarmenischen Stereotypen beherrscht waren.

Der Weltkrieg war für die Türkei zugleich eine nationale Revolution, die unterschiedliche Stufen durchlief. Das verbindet die Ereignisse von damals mit heute. Denn das Ergebnis der Vernichtung der osmanischen Armenier sowie anderer, kleinerer christlicher Minderheiten und der Vertreibung der kleinasiatischen Griechen war die nach dem Krieg im Wesentlichen nur noch aus Türken oder zwangstürkisierten Kurden und muslimischen Minoritätenvölkern bestehende türkische Republik Mustafa Kemal Atatürks, die seitdem stolz auf ihre Nationsfindung und die damit einhergehende erfolgreiche Modernisierung des Landes zurückschaut. Durch den Weltkrieg entstand eigentlich erst ein nennenswertes - wenn auch immer mit Militär und Staat verzahntes - türkisches Bürgertum.

In den Kriegsjahren 1915/16 wurde nicht-muslimisches Eigentum in großem Maßstab „türkisiert“, und das hieß, so der deutsche Botschafter

Wolff-Metternich in deutlichen Worten nach Berlin, „alles nicht Türkische vertreiben oder töten, vernichten und sich gewaltsam anderer Leute Besitz aneignen.“ Eine systematische Erfassung des Raubguts fand so gut wie nicht statt, so dass private Bereicherungen außerhalb der Reihe in der Regel unentdeckt blieben, und vielleicht sogar nach einem ungeschriebenen Gesetz unentdeckt bleiben sollten. „Die jungtürkischen Kreise wurden während des Krieges von einem wahren Bereicherungstaumel erfasst“, hat der österreichisch-ungarische Marschall Pomiankowski damals mit einiger Indignation beobachtet: „Es wurde geradezu als patriotische Pflicht der Mohammedaner proklamiert, sich zu bereichern, unter der stillschweigenden Voraussetzung: ‚auf Kosten der christlichen Geschäftsleute‘.“

Die Vermögenswerte der durch „Türkisierung“ vorgenommenen Umverteilung, das durch Massenmord zustande gekommene „Gründungskapital“ der späteren türkischen Republik, schätzte die Pariser Friedenskonferenz 1919/20 auf etwa acht Milliarden französischer Francs nach dem Stand von 1919. Allein in der Kirche von Erzurum am oberen Euphrat lagen nach der Deportation im August 1915 konfiszierte Güter im Wert von 150.000 Lira - das entspricht 2.775.000 Reichsmark nach dem Stand von 1915. Die Walis seien bei der „Türkisierung“ instruktions- und plangemäß vorgegangen, meldet ein österreichisch-ungarischer Konfidentenbericht Anfang 1917, der einen Jahresbericht des Gouverneurs von Aleppo an das türkische Handelsministerium zitiert, worin der folgende Passus enthalten ist: „Mit Genugtuung kann ich melden, dass es, den Instruktionen der Regierung gemäß, gelungen ist, sowohl hier als auch im Sandjak Marasch eine völlige Änderung der Verhältnisse herbeizuführen. Mein Wilayet ist von christlichen Elementen gesäubert. Während noch vor zwei Jahren mehr als 80% der Kaufleute und Gewerbetreibenden aus Christen bestanden, entfallen derzeit 95% auf die Mohammedaner und nur 5% auf die Christen.“ Neben der Verfolgung von „Revolutionären“ und „Staatsfeinden“, gab Talaat in aller Offenheit

dem österreichisch-ungarischen Botschafter Pallavicini zu verstehen, sei es im Sommer und Herbst 1915 in erster Linie auch darum gegangen, „unangenehme wirtschaftliche Konkurrenten“ auszuschalten. „Wirtschaftlichen Patriotismus“ hat Ziya Gökalp das genannt.

„Schon immer hatte mich die Tatsache irritiert,“ so die indische Schriftstellerin Arundhati Roy in einer Berliner Rede vor zwei Jahren: „dass die türkische Partei, die für den Genozid an den Armeniern verantwortlich war, Komitee für Einheit und Fortschritt hieß. Einheit und Fortschritt - heute würde man sagen Nationalismus und Entwicklung -, diese unanfechtbaren Zwillingsstürme der Moderne, und die Demokratie des freien Marktes, haben eine lange, gemeinsame Geschichte. ... Je lauter und ausgefeilter jedoch der Diskurs der Bürgerrechte und Demokratie geführt wurde, desto stärker bildete sich eine neue Version von Doppelmoral heraus. Ein neues Phänomen kam auf: die Leugnung des Genozids.“ Deshalb sind die Suche nach Wahrheit und wahrheitsgemäßes historisches Erinnern so wichtig. Oder, um dem Gedanken eine andere Wendung zu geben: „Es macht die Würde des einzelnen und auch der Völker aus, dass sie ein geprüftes Gedächtnis haben“, so der Historiker und Holocaustforscher Eberhard Jaeckel: „Je schwieriger die Vergangenheit, um so trügerischer ist das Gedächtnis.“

Das war auch in Deutschland damals nicht leicht. Im Sommer 1916, noch während des Krieges, hatte Johannes Lepsius in Potsdam, dessen Lebenswerk seit den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts dem Thema Armenien gewidmet war, einen umfangreich dokumentierten Bericht über „Die Lage des armenischen Volkes in der Türkei“ veröffentlicht. Trotz der drohenden Militärzensur und einer diplomatischen Intervention des osmanischen Botschafters Hakki gelang es ihm, zwanzigtausend Exemplare davon privat verteilen zu lassen, versehen mit dem Vermerk: „Als Handschrift gedruckt! Streng vertraulich!“ Lepsius, ein umtriebiger Theologe mit ausgeprägtem Sinn für Menschenrechtsideen (und in dieser Frage ein entschiedener Antipode seines realpolitischen

Gegenspielers und liberalen imperialen Machtpolitikers Friedrich Naumann), war der Sohn eines bekannten Orientalisten und des Begründers des Ägyptischen Museums in Berlin. Einer seiner Vorfahren war der mit dem jüdisch-deutschen Philosophen Moses Mendelssohn befreundete Aufklärer und Verleger Friedrich Nicolai. Lepsius hatte 1896 nach den großen Armeniermassakern mit mehr als hunderttausend Toten, die damals unter der Regentschaft des panislamistisch eingestellten Sultans Abdül Hamid II. stattfanden, zum ersten Mal die armenischen Gebiete der Türkei besucht und unterhielt seitdem ein armenisches Hilfswerk in Kleinasien und Persien. Als Kenner Armeniens und Verfasser der 1896 erschienenen und ins englische und französische übersetzten Anklageschrift Armenien und Europa war Lepsius eine international respektierte Persönlichkeit. Seine Position stand damals schon in diametralem Gegensatz zu der Naumanns und auch des Kaisers, der in britischen Protesten gegen die Massaker des Sultans nur ein finsternes Manöver sehen wollte, den Einfluss des Empires im Orient auf Kosten anderer Mächte auszubauen. Für Johannes Lepsius gab es, anders als für Friedrich Naumann, keine Trennung von Moral und Machtpolitik. Es galt das Prinzip der humanitären Intervention bei grundsätzlichen Menschenrechtsverletzungen. Es war eine Position, wie sie auch der (mitunter militante) britische Liberale William Gladstone vertrat (der Lepsius sehr schätzte), und für dessen Berufung auf die common goods, die gemeinsamen Werte Europas, schon der konservative Misanthrop Bismarck nur Spott übrig hatte. Das berühmte, von Franz Werfel in seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ beschriebene Gespräch mit Enver Pascha vom 10. August 1915 - auf dessen komplizierte Hintergründe, auf dessen diplomatische und taktische Hintergedanken ich hier nicht im Detail eingehen kann - diente genau diesem Prinzip. Am 5. Oktober 1915, kurz nach seiner Rückkehr von jener Reise in die Türkei, die zu dem Gespräch mit Enver Pascha geführt hatte, hielt Lepsius im Berliner Reichstag eine Pressekonferenz ab, auf der er die deutsche

Regierung als „Sklaven der Pforte“ anklagte, was ihm sofort die Aufmerksamkeit der Militärzensur verschaffte. Es war ausschließlich dieser singuläre Kraftakt zivilen Ungehorsams, der dann auch im Sommer 1916 die Publikation und die Verbreitung der Schrift „Die Lage des armenischen Volkes in der Türkei“ ermöglicht hat, die 1919 unter dem veränderten Titel „Der Todesgang des armenischen Volkes“ neu aufgelegt wurde und in ihrer analytischen Klarheit heute noch Maßstäbe setzt.

Nach dem Krieg hat Lepsius im Archiv des Auswärtigen Amts die wichtigsten Dokumente und Schriftwechsel zu den Ereignissen in der Türkei während des Krieges eingesehen und einen ausgewählten Teil davon unter dem Titel „Deutschland und Armenien“ als Buch im Potsdamer Tempel-Verlag veröffentlicht. Der Leser erfährt erschütternde Details über die Vorkommnisse in der Türkei während des Kriegs, wie sie von deutschen Konsulaten, teilweise auch Militärs, an die Botschaft in Konstantinopel und von dort nach Berlin berichtet wurden. Danach steht es außer Zweifel, dass die türkische Regierung eine systematische Ausrottungspolitik gegenüber den Armeniern betrieben hatte.

Zweifellos war Lepsius' Aktensammlung eine Kompilation. Bei dem Versuch, aus tausenden von Akten ein Buch von fünfhundert Seiten zusammenzustellen, wäre jeder zu Auswahl und Kürzungen gezwungen gewesen, die man immer auch - mit unterschiedlichen Motiven - als Wertung deuten kann. Lepsius dabei aber, wie von einigen deutschen und türkischen Kritikern moniert worden ist, eine nationalchauvinistische Manipulation zu unterstellen, halte ich in der Sache für vollkommen unangemessen und weit übertrieben. Ein seriöser Vergleich mit den Originalakten des Auswärtigen Amts jedenfalls lässt ein solches Urteil kaum zu. Außer Zweifel war jedenfalls damals für den deutschen Leser klar ersichtlich, dass hier ein staatlich organisiertes und durchgeplantes neuartiges Verbrechen seitens eines ehemaligen Weltkriegsverbündeten vorgelegen hat. Das meinten einige führende liberale Politiker kurz nach dem Ersten Weltkrieg auch in der Türkei.

Dem Ende des Krieges folgte in Istanbul, wie in Berlin und Wien, ein Zusammenbruch des alten Regimes. „Talaat und Enver haben das Reich Osmans verspielt“ war die Ansicht vieler Türken in diesen Tagen. Mit der Aufhebung der Zensur nach dem Waffenstillstand machte sich diese Meinung auch in der türkischen Presse Luft. Plötzlich wurde deutlich, dass es trotz drastischer Gleichschaltungsmaßnahmen und diverser politischer Morde dem Komitee nie gelungen war, seine Gegner völlig zum Schweigen zu bringen. Ehemalige Komiteemitglieder wie Damad Ferid Pascha, ein Stiefbruder des Sultans, hatten sich während des Kriegs desillusioniert von ihrer politischen Vergangenheit abgewandt und spielten nun eine Rolle als Wortführer der neu entstandenen osmanischen Liberalen, die eine klare Zäsur und eine deutliche Abrechnung mit der Vergangenheit verlangten. „Vor vier oder fünf Jahren ist ein historisch einmaliges Verbrechen begangen worden, ein Verbrechen, das die Welt schaudern lässt“, schrieb die liberale Tageszeitung Sabah im Januar 1919, und ein Leitartikler von Alemdar forderte: „Lasst uns beweisen, dass wir genügend nationale Energie besitzen, um mit der Kraft des Gesetzes gegen die Köpfe dieser Banditen vorzugehen, die die Gerechtigkeit mit Füßen getreten und unsere Ehre und unser nationales Leben in den Schmutz gezogen haben.“ Die Abrechnung mit der Vergangenheit, darin war sich Alemdar mit vielen anderen einig, sei die Grundvoraussetzung für einen nationalen Neuanfang nach dem Krieg.

1919 und 1920 begann ein türkischer Kriegsgerichtshof unter dem Vorsitz von Nazim Pascha mit einer in der Geschichte bis dahin einzigartigen und beispielhaften Vergangenheitsbewältigung. Es handelte sich dabei - man muss das ausdrücklich betonen - um ein türkisches, und nicht, wie nach 1945 in Deutschland, um ein alliiertes Gericht. Angeklagt waren Mitglieder des Zentralkomitees von Einheit und Fortschritt, weil sie „in Verbindung mit der Teskilati Mahsusa“ Massaker organisiert und durchgeführt haben sollten, mit dem Ziel, „die Kolonnen der Umgesiedelten zu ermorden und zu vernichten“. Dies, verkündete Staatsanwalt Mustafa Nazim, seien

Taten gewesen, „die von unserer Religion in keiner Weise zugelassen werden noch in irgendeiner Weise durch die osmanischen Gesetze und Verordnungen gedeckt sind“. Und weiter, sehr modern und heute zeitgemäßer denn je: „Was von uns erwartet werden kann, ist eine Gerechtigkeit im Namen der allgemeinen Menschenrechte“, so Nazim wörtlich bei der Eröffnung des Hauptverfahrens, das unter anderem dem seit Ende 1918 in Berlin untergetauchten ehemaligen Großwesir und Spezialisten für Bevölkerungspolitik Talaat Pascha galt. Über Talaat, den Hauptverantwortlichen des Völkermords, wurde auf Grund zwingender Indizien und Zeugenaussagen am 5. Juli 1919 in Istanbul das Todesurteil in absentia verhängt. Er wurde am 15. März 1921 in seinem Berliner Exil von einem armenischen Studenten erschossen. Einem zweiten Attentat, am 17. April 1922, fiel der ebenfalls in Abwesenheit zum Tode verurteilte Chef der Teskilati Mahsusa, Dr. Bahaeddin Schakir, in der Nähe des Berliner Kurfürstendamms zum Opfer. Die Urteile des Istanbuler Kriegsgerichts wurden wenig später durch die siegreiche Nationalbewegung Mustafa Kemal Atatürks wieder kassiert. Daher darf, was einmal als Recht erkannt wurde, bis heute aus Gründen der kemalistischen Staatsräson in der Türkei kein Recht mehr sein.

Um mit einem positiven Ausblick zu schließen: Die Türkei befindet sich seit einigen Jahren in einem Kulturkampf um die Deutungshoheit über Geschichte und Gegenwart. „1915 ist in meiner Heimat ein Thema geworden wie nie zuvor“, schrieb die Schriftstellerin Elif Shafak, die Tochter einer türkischen Diplomatin, die ihre Kindheit in Angst vor Anschlägen der armenischen Terrororganisation ASALA verbrachte, bereits vor Jahren in einem Beitrag für die Washington Post, „und ich weiß, dass der Weg von der Leugnung zur Anerkennung gegangen werden kann.“ Sie machte aber auch darauf aufmerksam, dass im Gedächtnis der meisten Türken ihre Geschichte erst mit dem Jahr 1923, der Gründung der türkischen Republik durch Mustafa Kemal beginnt. Alles, was vorher passierte, sei in der Regel nicht Teil ihrer kollektiven Erinnerungen.

Die türkische Zivilgesellschaft ist jedoch in den letzten Jahren immer selbstbewusster geworden. Neben dem staatlich verordneten Geschichtsbild hat sich eine inoffizielle Erinnerungskultur bewahrt und teils neu entwickelt, die zunehmend durch Bücher, Filme und Publizistik an die Öffentlichkeit drängt und dabei auch das Thema des Völkermords von 1915 nicht tabuisiert. Dieses neu erwachte Interesse an der eigenen Vergangenheit ist für jeden, der es in den letzten Jahren beobachtet hat, eine erstaunliche Angelegenheit. Und es verbindet sich, gerade weil es sich um einen zivilen, nichtstaatlichen Prozess handelt, mit der Hoffnung auf dauerhafte Nachhaltigkeit.